

Europawahlprogramm (vorläufig)

I. Neue Energie in Europa. Der GRÜNE Weg für gutes Klima, wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit

Klimapolitik ist im 21. Jahrhundert eines der strategisch wichtigsten Politikfelder. Denn Klimapolitik ist mehr als nur eine Politik für besseres Wetter. Klimapolitik ist auch Energie- und Verkehrspolitik, Sozial-, Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik. Immer deutlicher wird, dass vom Klimawandel nicht nur unsere Ökosysteme betroffen sind, sondern auch unser Wirtschaftssystem. Als erstes und am härtesten werden die Entwicklungsländer unter den Folgen leiden. Die Industrieländer müssen ihre historische Klima- Verantwortung gerecht werden und effektiven Klimaschutz verwirklichen.

Wir GRÜNE sind Vorreiter für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. Unsere Antworten heißen: Umstellung auf erneuerbare Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung. Wir wollen, dass Europa mit einer intelligenten Energie- und Klimapolitik zum Schrittmacher wird. Europa hat sich verpflichtet alles zu tun, dass die globale Erwärmung auf 2 Grad begrenzt wird. Dafür muss der CO₂-Ausstoß der Welt halbiert werden. Für Europa heißt dies, 80% Reduktion bis 2050. Spätestens dann müssen wir 100% unserer Energie erneuerbar bereitstellen. Wir streben an, diese Ziel bereits 2040 zu erreichen. Deshalb werden wir uns anstrengen, Strom 2030 komplett erneuerbar zu erzeugen. Wem, wie der CDU/CSU nichts anderes einfällt auf steigende Strompreise mit einer Verlängerung der Laufzeiten bei Atomkraftwerken zu reagieren, wer, wie die FDP, gegen die Ökosteuer in Deutschland polemisiert oder wer sich, wie SPD und CDU/CSU, nicht traut, auch einmal den großen Lobbygruppen der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie die Stirn zu bieten, hat den Ernst der Lage nicht begriffen.

Wir brauchen heute die entscheidenden Weichenstellungen, wenn wir die Menschen nicht alleine lassen und sie den steigenden Energiepreisen hilflos ausliefern wollen. Diese Weichen müssen europäisch gestellt werden: Durch die Entflechtung der Energiemonopole, durch klare Verpflichtungen, durch Standards, die Innovationen anreizen, und durch zielgenaue Forschungspolitik, die die Forschungsschwerpunkte auf erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung statt auf Atomspaltung und Kernfusion setzt. Wir brauchen eine Förderpolitik, die der Bedeutung der Erneuerbaren Energien Rechnung trägt, ohne dass die Gewinnung von Pflanzkraftstoffe der Produktion von Nahrungsmitteln Konkurrenz macht. Insbesondere brauchen wir klare, ehrgeizige und verbindliche Vorgaben zum Klimaschutz. Wir wollen den Emissionshandel weiterentwickeln, indem wir die Zertifikate vollständig versteigern und nach dem Luftjetzt auch den Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbeziehen. Ein Europa, das im Klimaschutz vorangeht, legt zugleich eine Grundlage für den dringend erforderlichen Fortschritt in der internationalen Klimapolitik. Dies legt gleichzeitig den die Grundlage für Beschäftigung und wirtschaftlichen Erfolg.

Denn der Aufbruch ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien fördert das regionale Handwerk, schafft neue Arbeit, stärkt Innovationen in wichtigen Zukunftsmärkten und macht uns weniger **abhängig von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen**. Gerade beim Erdöl und Erdgas werden sich in den nächsten Jahren durch die Verknappung der fossilen Ressourcen drastische Preiserhöhungen einstellen.

Die Menschen in Deutschland und in Europa haben sich längst bewegt. Das zeigt die rapide ansteigende Nachfrage nach grünem Strom, nach spritsparenden Autos oder nach Bioprodukten in den letzten Jahren. Das ist eine gute Entwicklung, an der auch die GRÜNEN Parteien in Europa einen erheblichen Anteil haben. Immer mehr Menschen in Europa entdecken, dass sie durch ihr Kaufverhalten nicht nur etwas für den Klimaschutz tun können, sondern auch mitentscheiden, was in den Regalen liegt und was nicht. Und sie wissen, dass bewusster Konsum keineswegs mit einem Verlust an Lebensqualität einhergeht – im Gegenteil. Wir wollen die Menschen in Europa durch eine gemeinsame Politik für gutes Klima und eine nachhaltige und sozialverträgliche Energieversorgung unterstützen. So sorgen wir nicht nur für mehr Gerechtigkeit, sondern wir werden auch unabhängiger von der Rohstoffpolitik anderer Staaten.

Die EU muss wieder Vorreiterin im internationalen Klimaschutz werden

Wir wollen, dass Europa wieder die treibende Kraft in der internationalen Klimapolitik wird. Nur so können wir den nötigen Druck aufbauen und andere Staaten zum Mitmachen bewegen. Wir brauchen heute ambitionierte internationale Ziele. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen in der Frage des Klimaschutzes auf eine europäische Lösung, die jetzt und nicht erst in fünf oder zehn Jahren mit konkreten Schritten angegangen wird. Für den weltweiten Klimaschutz braucht es ein klares Signal von Seiten der Industrieländer. 2009 wird klimapolitisch ein entscheidendes Jahr. Europa muss in diesem Jahr bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen seiner Vorreiterrolle gerecht werden und sich für ein starkes Kyoto-Nachfolgeabkommen einsetzen. Dazu muss Europa seine Wirtschaft nachhaltig und zukunftsfähig umbauen und seine Emissionen bis 2020 um mindestens 30% und bis 2050 um mindestens 80% reduzieren. Nur so lässt sich die Erderwärmung noch auf höchstens 2 Grad begrenzen. Darüber hinaus müssen die Entwicklungs- und Schwellenländer bei Technologietransfer und Anpassung auch über geeignete Finanzinstrumente und nachhaltige CDM-Projekte intensiv unterstützt werden.

Ein Export jeglicher Reduktionsbemühungen in Entwicklungsländer um zu Hause unverändert weiterwirtschaften zu können, wie es sowohl der Emissionshandel als auch die Richtlinie zur Lastenteilung (CDM) aktuell zulassen, setzt dagegen kein Zeichen des Aufbruchs. Die EU-Emissionsziele dürfen nicht mit Verweis auf die Finanzkrise in Frage gestellt werden. Die EU muss vielmehr die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass die Konjunkturprogramme entscheidend zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Darüber hinaus muss auch über mögliche Sanktionsmechanismen gegenüber Staaten nachgedacht werden, die ihre Emissionsziele nicht erreichen.

Historischer Verantwortung gerecht werden

Wir wollen darüber hinaus, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf Grundlage ihrer historischen Verantwortung und ihrer wirtschaftlichen Fähigkeit zur Finanzierung notwendiger Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen in Entwicklungsländern beitragen. Das Recht auf Entwicklung muss im Mittelpunkt dieser Politik stehen. Wir unterstützen den Ansatz der „Greenhouse Development Rights“. Dabei werden die Reichen aller Länder in die Reduktionsbemühungen einbezogen, während Menschen, die unter einer bestimmten Wohlstandsgrenze leben, das Recht auf Entwicklung haben. Zur Umsetzung dieser Forderungen ist es notwendig,

dass die Industrieländer ihr geistiges (Wissenstransfer) und materielles Know-how für umweltfreundliche Technik umfassend zur Verfügung stellen.

Emissionshandel verbessern

Wir wollen einen europäischen Emissionshandel, um so das System vor kurzsichtiger nationaler Interessenspolitik zu schützen und einen funktionierenden Handel zu garantieren. Das Ende 2008 beschlossene System, das lediglich auf einer 20%igen CO₂ Reduktion bis 2020 basiert, muss auf eine 30%ige Emissionsreduktion angehoben werden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Entscheidung revidieren, dass derzeit auch die verarbeitende Industrie von der Zertifikateversteigerung ausgenommen ist, bei der überhaupt keine Produktionsverlagerung droht. Nur wenn das Prinzip der vollständigen Zertifikateversteigerung in allen Bereichen des Emissionshandels gilt, wird ein marktwirtschaftliches Funktionieren des Handelssystems möglich und ungerechtfertigte Gewinne werden verhindert. Auch Flug- und Schiffsverkehr müssen in vollem Umfang in den Emissionshandel einbezogen werden, egal ob ein Schiff oder Flugzeug sich nur in der EU bewegt oder aber die EU-Grenzen überschreitet. Die Einbeziehung innereuropäischer Flüge in den Emissionshandel kann hier nur der erste Schritt gewesen sein. Perspektivisch soll der Emissionshandel international ausgeweitet werden mit dem Ziel, dass sich die Pro-Kopf-Emissionen weltweit auf einem nachhaltigen Niveau angleichen.

Gerade im Umgang mit der energieintensiven Industrie hat sich gezeigt, dass Kanzlerin Merkel weiter nach großzügigen Ausnahmeregelungen für die Industrie ruft anstatt zur Schaffung eines guten Instruments zur Emissionsreduzierung beizutragen.

Atomausstieg weiter vorantreiben, EURATOM abschaffen

Wir wollen ein Europa ohne die Hochrisiko-Technologie Atom. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wie keine andere Partei für den Ausstieg aus der Atomkraft. Atomkraft ist auch in Europa – entgegen aller Behauptungen der Atomlobby – ein Auslaufmodell. Denn an den großen Gefahren nuklearer Energieerzeugung hat sich nichts geändert: AKWs können zur Zielscheibe terroristischer Angriffe werden. Ein möglicher GAU, die nach wie vor ungelöste Endlagerfrage von Atommüll, der Handel mit Material für die militärischen Nutzung sowie nicht zuletzt die fehlende Versicherungspflicht für mögliche Folgeschäden sprechen genau so gegen die weitere Nutzung der Atomenergie wie die Unfälle im schwedischen AKW Forsmark, den deutschen AKWs Brunsbüttel und Krümmel und der französischen Atomanlage Tricastin. Unfälle sind nie auszuschließen und mit der Sicherheitskultur bei den Betreibern ist es oft nicht weit her. Sicher ist nur das Risiko!

Bis heute gibt es weltweit keine Endlagerstätten für hochradioaktiven Atommüll. Einlagerungsversuche scheitern kläglich, wie in der niedersächsischen Asse, wo sich die Sicherheitsversprechen der Atomlobby in einer radioaktiven Lauge auflösen. Wir werden im Europäischen Parlament daher weiter Druck machen, dass Atomenergie ein Auslaufmodell bleibt und kein Nuklearexport in Drittstaaten stattfindet, wie Frankreichs Präsident Sarkozy es gerade versucht. Weiterhin gilt: EURATOM wollen wir abschaffen. Denn eine Förderung der Atomenergie, wie sie Ziel des Euratom-Vertrags ist, ist mit den Grundsätzen einer zukunftsfähigen EU unvereinbar. Solange jedoch noch AKW in Europa betrieben werden, kämpfen wir GRÜNEN auch dafür, dass die europäischen Sicherheitsstandards sich überall zwingend nach den besten technischen Möglichkeiten richten müssen. Alle Versuche, jetzt Bauruinen aus den 80er Jahren (wie z.B. in Belene) fertigzubauen oder alten Schrottreaktoren Laufzeitverlängerungen zu gewähren stoßen auf unseren entschiedenen Widerstand. Um wenigstens einen Teil der externen Kosten der AKW zu internalisieren, wollen wir EU-weit Brennelementesteuern, eine unbeschränkte Haftung für mögliche Atomunfälle und die Einrichtung von staatlich kontrollierten Fonds zur De-

ckung von Abriss- und Endlagerkosten erreichen.

Klimaschutz nur ohne neue Kohlekraftwerke

Wir wollen ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke. Denn Kohlekraftwerke sind ohne Zweifel die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung! Mit 750 bzw. 950 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom stoßen Stein- und Braunkohle zwei- bis dreimal so viel Klimagase aus wie moderne Gaskraftwerke. Es ist deshalb klimapolitisch geboten, jetzt keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen. Wir fordern ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke, solange die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung nicht erprobt, langfristig sicher, umweltverträglich und ökonomisch einsetzbar ist.

Wir wollen für neue Kraftwerke einen elektrischen Mindestwirkungsgrad von 58% gesetzlich festlegen und so den Neubau klimaschädlicher Kohlekraftwerke verhindern. Bei Kraft-Wärme-Kopplung ist der Wert entsprechend der Minderung des elektrischen Wirkungsgrades durch die Wärmeauskopplung anzupassen. Ineffiziente Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von gerade mal rund 45% wären nicht mehr genehmigungsfähig, effiziente Gas- und Dampfkraftwerke mit Wärmeauskopplung könnten noch neu gebaut werden.

Wir wollen auf EU-Ebene die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass national für den CO₂-Ausstoß von Kraftwerken strenge Grenzwerte festgeschrieben werden können. Diese wollen wir dann auch rechtlich vorschreiben.

Die von der konventionellen Energiewirtschaft propagierte Technik der CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) ist ein ungedeckter Scheck. Es ist völlig offen, ob CCS sich als umweltverträglich, wirtschaftlich und langfristig sicher einsetzbar herausstellt. Vor 2020 wird die Technik nicht bereit stehen. Wer mit CCS heute den Bau schmutziger Kohlekraftwerke rechtfertigt, handelt unverantwortlich und suggeriert eine Lösung des Klimaproblems, ohne zu wissen, ob sie überhaupt funktioniert.

100 Prozent erneuerbar werden

Wir wollen die EU vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Öl, Gas und Kohle sind keine Energiequellen der Zukunft. Erstens sind die Rohstoffe endlich und die Verbrennung trägt zur Erderwärmung bei. Zweitens leiden europäische Volkswirtschaft genau so wie Verbraucherinnen und Verbraucher unter steigenden Preisen bei Erdgas und Erdöl. Drittens kommen Öl und Gas zu einem großen Teil aus Krisenregionen dieser Erde oder aus Ländern, die ihre Position als Liefermacht machtpolitisch missbrauchen. Viertens können Erneuerbare Energien durch eine dezentrale Erzeugung und demokratische Kontrolle die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Diese klima-, sozial-, außen- und sicherheitspolitischen Gründe zeigen, dass das fossile Zeitalter so schnell wie möglich beendet werden und die EU konsequent und dauerhaft auf Erneuerbare Energien umsteigen muss. 100 Prozent Erneuerbar ist machbar und notwendig – aber die Wende muss jetzt beginnen – das ist die energiepolitische Vision, die unser europapolitisches Handeln leitet. Wir wollen bis spätestens 2050 zu 100% unserer Energie erneuerbar bereitstellen. Wir streben an, diese Ziel bereits 2040 zu erreichen. Deshalb werden wir uns anstrengen, Strom 2030 komplett erneuerbar zu erzeugen.

Europaweites Stromeinspeisungssystem für erneuerbare Energien einführen

Das von uns eingeführte deutsche EEG ist so erfolgreich, dass viele Länder weltweit dieses Konzept übernommen haben. Wir werden jetzt die Initiative ergreifen, dass eine EU-weite Einspeiseregulierung so bald wie möglich entwickelt und umgesetzt wird.

Gemeinsam für Erneuerbare – EURENEW gründen

Wir wollen einen Energie-Mix aus Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasser. Europa hat durch seine unterschiedlichen Klimaregionen sowie durch seine geologische Vielfalt das ganze Spektrum erneuerbarer Energien zu bieten. Dieses hohe Potential wollen wir nutzbar machen. Dazu wollen wir im Rahmen der EU eine Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (EURENEW) gründen. EURENEW soll Prioritäten neu setzen und Antriebsmotor für eine moderne und intelligente Stromerzeugung und -nutzung im 21. Jahrhundert sein.

Wir wollen zusätzlich die Forschung intensivieren. Durch eine gebündelte Anschubfinanzierung für Energieerzeugung aus Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen. EURENEW soll sich durch die Umwidmung der EURATOM-Mittel und aus den Einnahmen des europäischen Emissionshandels finanzieren.

Energieeffizienz steigern

Wir wollen bis zum Jahr 2020 eine Effizienzsteigerung in der EU von mindestens 20 Prozent. Diese Verpflichtung muss für die Mitgliedsstaaten bindend sein. Für Nichteinhaltung muss es Sanktionen geben. Dazu müssen Forschung und Entwicklung massiv ausgebaut werden und Anreize für Öko-Innovationen geschaffen werden. Gleichzeitig brauchen die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bessere Informationen darüber, wie und wo sie Energie einsparen können. Dazu brauchen wir die Verbesserung der Verbrauchskennzeichnung von Endgeräten, eine schnellere Anpassung an technische Innovationen und wirksame europaweite Mindeststandards für Endgeräte verbunden mit einem Verbot von entbehrlichen oder ineffizienten Stand-By-Schaltungen. Verbraucherinnen und Verbrauchern kann zum einen durch einen persönlichen Energietest ein verantwortlicher Umgang mit Energie und Ressourcen im Alltag erleichtert werden, zum anderen hilft eine Kennzeichnung, die deutlich macht, wie viel CO₂ in der Produktionskette für jedes Produkt ausgestoßen wurde.

Nachhaltige Informationstechnik

Wir wollen, dass die Informations- und Kommunikationsdienste durch eine ressourcenschonende, energieeffiziente und nachhaltige Technik ihren Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen leisten. Denn die zunehmende Digitalisierung unseres Lebens führt zu einem immer stärkeren Ressourcenverbrauch in diesem Bereich. Besonders das Internet trägt mit einem enormen Stromverbrauch zum Klimawandel bei. Zudem fordern wir endlich klare Regelungen zum Umgang mit Elektroschrott: Dem globalen Verschieben von elektronischen Müllbergen muss politisch der Riegel vorgeschoben werden. Dem Vorsorgegedanken muss beim Mobilfunk durch drastische Herabsetzung der Grenzwerte für Innenräume, Bevorzugung kabelgebundener Lösungen, Förderung strahlungsarmer Technologien, Minimierungspflicht für Strahlenbelastung und Warnhinweise für Kinder Rechnung getragen werden. Vermeidung von Elektroschrott durch Normung von IT-Akkus und Zubehör

Um Ressourcen und Klima zu schonen und Verbraucher zu entlasten wollen wir Akkus und anderes Zubehör für Informationstechnologien wie Laptops, Mobiltelefonen, Digitalkameras europaweit Normen, um die bislang unübersichtliche und riesige Anzahl einzudämmen.

Mit dem "Top-Runner-Prinzip" Innovationen fördern

Wir wollen das so genannte "Top-Runner-Prinzip" in der EU durchsetzen und auf möglichst viele Produktgruppen anwenden. Japan hat gezeigt, wie dadurch die Industrie zu Höchstleistungen angespornt wird: Die jeweils energieeffizientesten Geräte einer Produktklasse geben

den Maßstab vor, den alle vergleichbaren Produkte innerhalb eines festgelegten Zeitraums erreichen müssen.

Energie sparen und Gebäude besser sanieren

Wir wollen die EU-Richtlinie zur Gebäudesanierung und -dämmung weiter entwickeln und entsprechende Förderprogramme auflegen. Dies kommt zugleich der Binnenwirtschaft zugute, denn Millionen von Euro fließen nicht länger durch einen notwendigen Import von Öl und Erdgas in die exportierenden Länder. Stattdessen nützen sie regionalen Handwerksbetrieben, die die nötigen Sanierungsarbeiten ausführen, ebenso wie VerbraucherInnen durch Qualitätssteigerung der Gebäude bei gleichzeitiger Senkung der Betriebskosten. Außerdem werden wir die Initiative für eine EU-Richtlinie zur Schaffung lokaler Wärmenetze mit funktionierenden Langzeitspeichern ergreifen und damit eine Grundlage für eine zukunftsfähige Wärmeversorgung von Haushalten und Unternehmen auf der Basis lokaler Wärmeressourcen aus Solarthermie, Geothermie, Biomasse oder auch Abwärme schaffen. Wir wollen, dass der Niedrigstenergiehausstandard für Neubauten schnellst möglich verpflichtend wird.

Mehr regulierten Wettbewerb auf dem Energiemarkt schaffen

Wir wollen mehr Wettbewerb bei der Energieerzeugung und eine möglichst dezentrale Energieproduktion und -versorgung. In Deutschland beherrscht das Energie-Oligopol aus RWE, EnBW, E.On und Vattenfall 90% der Stromerzeugung und das gesamte Netz.

Obwohl E.On und Vattenfall bereits den Verkauf ihrer Netze auf den Weg bringen, hat der deutsche Wirtschaftsminister in Brüssel erbitterten Widerstand gegen die eigentumsrechtliche Trennung von Übertragungsnetz und Stromerzeugung (Ownership Unbundling) geleistet. Der so durchgesetzte deutsche Sonderweg im Energiesektor ist wettbewerbspolitisch völlig falsch. Wir wollen eine strikte Trennung von Stromerzeugung und Betrieb der Übertragungsnetze. Nur ein von den Energiekonzernen unabhängiges Übertragungsnetz mit starker öffentlicher Regulierung sorgt dafür, dass ein fairer Wettbewerb auf dem Energiemarkt erreicht wird und neue klimafreundliche Energieerzeuger zu fairen Bedingungen angeschlossen werden. Dazu wollen wir eine Deutsche Netzgesellschaft mit mehrheitlicher öffentlicher Beteiligung.

Eine konsequente Wettbewerbspolitik und Regulierung auf den Energiemärkten ist eine wichtige Voraussetzung für eine ökologische Wende bei der Stromerzeugung und eine verbraucherfreundliche Entwicklung auf dem Strom- und Gasmarkt. Wir brauchen eine europäische Regulierung der Stromnetze, die faire Marktchancen für alle garantiert und dem öffentlichen Interesse in dieser wichtigen Infrastrukturfrage das erforderliche Gewicht verleiht.

Um eine konsequente Wettbewerbspolitik auf den Energiemärkten durchzusetzen, brauchen wir eine Europäische Kommission, die vor dem Druck der Lobbyisten und einzelner Mitgliedsstaaten nicht zurückweicht – und starke Grüne im Europaparlament, die die Kommission wettbewerbspolitisch vorantreiben.

Zukunftsfähige Stromversorgung: dezentral und europaweit vernetzt

Wir wollen für die Energieversorgung der Zukunft eine zukunftsfähige Infrastruktur: Strom aus erneuerbaren Energien wird vorrangig dezentral und teilweise mit zeitlichen Schwankungen erzeugt. Wenn sinnvoll möglich, sollte der Strom deshalb lokal genutzt, und andernfalls möglichst effizient übertragen werden. Darum wollen wir ein intelligentes Stromnetz, das die dezentralen erneuerbaren Energiequellen optimal verknüpft.

Mit einem ergänzenden leistungsfähigen Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz (HGÜ) kann der Strom nahezu verlustfrei über weite Strecken transportiert werden, etwa von Skandinavien oder Nordafrika nach Deutschland. Wir werden uns für eine gemeinsames und koordinierte Vorgehen zum Aufbau eines HGÜ-Netzes in Europa stark machen.

Energieaußenpolitik neu ausrichten

Wir wollen einen gerechten Zugang aller Menschen zu Energie zu ermöglichen. Dazu braucht es eine weitsichtige europäische Energieaußenpolitik, die Energiequellen und -routen diversifiziert und auf internationale Zusammenarbeit setzt. Den Weg der militärischen Absicherung der Energieversorgung, wie sie im Weißbuch der EU gefordert wird, lehnen wir entschieden ab. Versorgungssicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung Erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz innerhalb der EU und darüber hinaus sowie multilaterale und regionale Kooperation. Zur Förderung der zukünftigen Energieversorgungssicherheit in ganz Europa fordern wir darüber hinaus die Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Öl- und Gasreserve („Poolbildung“), in die die Mitgliedstaaten je nach Leistungsfähigkeit Teile ihrer Energiereserven einbringen. Die bisher zersplitterte Zuständigkeit für die Energiepolitik innerhalb und außerhalb der Europäischen Union wollen wir beenden und in einer Zuständigkeit in der Europäischen Kommission zusammenführen. Eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) soll zusätzlich Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.

Mobilität braucht neue Wege, nicht neue Straßen

Die GRÜNE Strategie für umweltfreundlichen Verkehr baut auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und einer nachhaltigen Mobilitätsgestaltung. Wir wollen Mobilität zukunftsfähig machen, indem sie klima- und umweltfreundlich, bezahlbar, bequem und intelligent vernetzt wird. Dafür setzen wir auf eine neue Kultur der Mobilität, die umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und ihrer Verknüpfung Vorfahrt gewährt. Leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel müssen das Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems werden, dazu gehören nationale Radverkehrspläne genauso wie car-sharing-Modelle und saubere Autos der Zukunft. Aus ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen müssen wir Rad- und Fußverkehr in unseren Städten mehr Sicherheit und Platz einräumen. Leitbild ist dabei die europäische Stadt der kurzen Wege.

Ein flächendeckendes Bahnnetz, das die Menschen auch in ländlichen Regionen mobil hält und große Anteile des Güterverkehrs übernimmt, muss Alternativen zu überlasteten Straßen und wachsendem Flugverkehr bieten. Wir wollen einen leistungsfähigen und qualitativ verbesserten Öffentlichen Personennahverkehr, zu dem alle Zugang haben können, und europäische Schienennetze, die wesentlich mehr Güter und Personen transportieren können als bislang. Eine solche zukunftsfähige und klimaverträgliche Mobilität kann am Besten den unterschiedlichsten Mobilitätsbedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung tragen.

Beim Ausbau der Transeuropäischen Netze muss Vorfahrt für die Schiene gelten.

Dringend erforderlich ist die Beendigung der Preisverzerrung von Luft-, Schienen, Straßen- und Schifffahrtsverkehr. Dazu gehört eine europaweite LKW-Maut mit Mindestsätzen, die alle ökologischen und sozialen Kosten in den Transportpreis einrechnet, die Einbeziehung des gesamten Flug- und Schiffsverkehrs in den Emissionshandel und eine europaweite Kerosinbesteuerung verbunden mit der Abschaffung aller Steuerprivilegien im Flugverkehr. Die Schifffahrt wollen wir dort fördern, wo sie wirtschaftlich Sinn macht und auch ökologisch zu verantworten ist, insbesondere im Küstenbereich. Überdimensionierte Wasserautobahnen und die damit verbunde-

ne Zerstörung von natürlichen Flusslandschaften wie im Falle der Elbe oder der Donau lehnen wir ab.

CO₂-Ausstoß im Autoverkehr senken

Wir wollen eine Abkehr vom Primat des Straßenverkehrs, der schon heute 18 Prozent des CO₂ produziert. Trotzdem haben SPD, CDU/CSU und FDP gemeinsam mit der deutschen Autolobby in Brüssel erfolgreich gegen die dringend notwendigen strengeren CO₂-Abgaswerte bei Neufahrzeugen angekämpft. Dies wird der europäischen Automobilindustrie international einen Wettbewerbsnachteil bringen und gefährdet Arbeitsplätze. Gerade angesichts explodierender Energiepreise wird die Nachfrage nach effizienten Fahrzeugen steigen. Wir GRÜNE fordern daher, dass es zu einer Verschärfung des CO₂-Grenzwerts für 2020 auf 80 g/km ohne Schlupflöcher kommt und schon 2010 ein ambitionierter Folgegrenzwert für 2030 festgelegt wird, mit dem die langfristigen Klimaschutzziele der EU auch im Straßenverkehr erfüllt werden können. Das Auto der Zukunft fährt grün. Wir sehen in der Elektromobilität mit Ökostrom den Weg zu einer klimafreundlichen Nullemissionsmobilität von Autos, Bussen und Bahnen. Wir wollen insbesondere die Markteinführung von "green cars" befördern: Unser Ziel sind mindestens 2 Millionen Elektroautos bis 2020. Dies brächte einen Innovationschub im Autobau, der sich wirtschaftlich lohnt und der in den Geldbeuteln der Bürgerinnen und Bürger durch sinkenden Spritverbrauch spürbar wäre.

Außerdem fordern wir aus Klima- und Verkehrssicherheitsgründen europaweit die Absenkung der zulässigen Geschwindigkeiten – max. Tempo 120 auf Autobahnen, max. Tempo 80 auf zweispurigen Landstraßen und in der Regel Tempo 30 in Innenstädten und Wohngebieten – zumal dies etwa 9% CO₂-Einsparung mit sich bringen würde.

Lärm aktiv bekämpfen

Lärm macht krank. Deshalb wollen wir der zunehmenden Lärmbelastigung infolge des steigenden Verkehrsaufkommens durch aktive Lärmschutzmaßnahmen begegnen. Wir benötigen schärfere europäische Lärmgrenzwerte für Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, Schienenfahrzeuge sowie Straßen und Schienenwege damit Lärm gar nicht erst entsteht. Die EU-Umgebungslärm-Richtlinie muss endlich durch verbindliche und überprüfbare Maßnahmen umgesetzt werden. Wir fordern europaweit einheitliche und sanktionsbewehrte Schallimmissionsgrenzwerte an Flughäfen ebenso wie scharfe europaweite Regelungen für Nachtflugverbote.

Nachwachsende Rohstoffen nur verantwortungsvoll nutzen

Wir wollen nachwachsende Rohstoffe als eine wichtige Ressource für die Energiegewinnung und für den Ersatz von Erdöl in der Chemischen Industrie fördern. Die Nutzung von nachhaltig angebaute Biomasse ist eine Chance, Klimaschutz und Energiesicherheit zu verbinden mit neuen Impulsen für eine umwelt- und sozialverträgliche ländliche Entwicklung bei uns und in den Ländern des Südens und zur Armutsbekämpfung.

Aber wir wollen auch die Schattenseiten dieser energetischen Nutzung berücksichtigen: Ein ständig steigender Anteil der globalen Agrarinvestitionen und Ackerflächen wird mittlerweile zur Erzeugung von Treibstoffen verwendet. Das gefährdet die Welternährung und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Denn neben der Nachfrage nach Treibstoffen wächst auch die Nachfrage nach Futtermitteln und Nahrungsmitteln. Gerade in den Schwellenländern entsteht eine gefährliche Konkurrenz um Land und Wasser. Tropische Wälder werden abgeholzt und Savan-

nen beackert, mit zum Teil irreversiblen Schäden und gewaltigen zusätzlichen Freisetzungen von Treibhausgasen.

Um den Energiehunger der Reichen zu befriedigen gehen internationale Energiekonzerne oft skrupellos gegen die einheimische Bevölkerung vor. Millionen Menschen laufen Gefahr, von ihrem Land vertrieben zu werden und damit Einkommen und Lebensgrundlage zu verlieren.

Für uns ist der Grundsatz "Nahrungsmittel zuerst" (Food first) oberstes Gebot. Der Pflanzentreibstoff-Boom darf nicht die globale Ernährungssicherheit gefährden und den Hunger in der Welt verstärken.

Wir wollen unterstützend nur diejenigen Energieunternehmen fördern, die in ökologisch und sozial tragfähige und dezentrale Energieerzeugungssysteme investieren. Es bringt nichts, den überhöhten Konsum von Mineralöl im Verkehr und in der Agrarindustrie durch Kraftstoff aus biogenen Rohstoffen zu ersetzen oder zu ergänzen. Nur eine Strategie, die auf Effizienz, Einsparung und nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzt, kann zum Erfolg führen.

Nachhaltige Standards bei der Biomasseproduktion

Wir wollen klare ökologische und soziale Standards für die Erzeugung pflanzlicher Rohstoffe. Die Vorgaben der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien müssen in entsprechende nationale Nachhaltigkeitsverordnungen umgesetzt werden. Wir brauchen dringend eine international anerkannte Folgenabschätzung und Zertifizierung für den Pflanzenanbau im Hinblick auf die globale Ernährungssicherung, den Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere der ökologisch sensiblen Regionen und der Urwälder. Werden die Kriterien der Zertifizierung und der Nachhaltigkeitsverordnung nicht erfüllt, darf es nicht zu Produktion oder Import kommen. In diesem Zusammenhang soll die EU eine energische Initiative zur Verankerung von Nachhaltigkeits- und Vorsorgeprinzipien in den WTO-Regeln ergreifen.

Neben anspruchsvollen Standards bei der Bioenergie-Erzeugung wollen wir drohende Zielkonflikte auch durch ergänzende Maßnahmen entschärfen. So setzen wir uns für neue, innovative Finanzierungsinstrumente zur Stärkung des Urwaldschutzes ein und für eine Stärkung des europäischen Naturschutzrechts. Durch die Ausweitung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7% des Bruttoinlandsprodukts wollen wir unseren Beitrag zur Bekämpfung des Hungerproblems leisten.

Abfälle nutzen, statt Regenwälder zerstören

Wir wollen keine Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Energieproduktion: Essen auf dem Teller hat Vorrang vor Sprit im Tank. Die landwirtschaftliche Produktion darf nicht zur Zerstörung der Regenwälder und dem Verlust der Artenvielfalt führen.

Weil die Flächen, die zum nachhaltigen Anbau von Bioenergien zur Verfügung stehen, begrenzt sind, spielt Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung eine entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb verstärkt auf Ganzpflanzennutzung, Kaskadennutzung sowie die Erzeugung von Biogas statt weniger effizienter Flüssigtreibstoffe. Wir wollen vorrangig das energetische Potential nutzen, das Reststoffe und Abfälle etwa aus der Ernährungs- und Landwirtschaft bieten, sowie die Energiegewinnung aus Kläranlagen, Deponien und Grubengas.

Schutz und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt

Wir wollen durch den Erhalt der biologischen Vielfalt einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Lebensräume wie Wälder oder Moore binden große Mengen an CO₂ und regulieren so

unser Klima auf natürlicher Weise. Die Zerstörung dieser wertvollen Ökosysteme – wie die weltweiten Urwälder – trägt zu etwa 25 Prozent zu den von Menschen produzierten Treibhausgasen bei. Es ist daher konsequent, den Schutz von Wäldern in die internationalen Klimaverhandlungen einzubeziehen. Zudem belegen der Stern Report (2006) und der von der britischen Regierung erst kürzlich vorgelegte Elisch Review „Climate Change: Financing Global Forests“ (2008), dass die drastische Drosselung der weltweiten Entwaldung einer der kostengünstigsten Wege ist, zum Klimaschutz beizutragen. Schutz, Wiederherstellung, Management und Erweiterung von natürlichen CO₂-Speichern und -Senken, insbesondere von Wäldern und Mooren, sind daher hinsichtlich ihrer quantitativen Bedeutung für die globale Treibhausgasbilanz zentrale Instrumente für den Klimaschutz. Der Import von Tropenhölzern muss untersagt werden, wenn die Herkunft nicht verlässlich nachgewiesen werden kann. Die EU braucht ein verbindliches Urwaldschutzgesetz und keine Sorgfaltspflichten für Holzhändler!